



GUE/NGL-Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments



Jürgen KLUTE (DE)
GUE/NGL Koordinator



Nikolaos CHOUNTIS (EL)



Marisa MATIAS (PT)



Thomas HÄNDEL (DE)

Falls Sie an ausführlicheren Informationen zu diesem Thema interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Tobias Gross:

tobias.gross@europarl.europa.eu

Die GUE/NGL ist eine konföderale Fraktion im Europäischen Parlament, der 35 MdEP aus 13 EU-Mitgliedstaaten angehören, die sich für Frieden, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Demokratie und die Menschenrechte in Europa und darüber hinaus einsetzen.



→ **Gleichstellung der Geschlechter:** Unter den sechs Mitgliedern des EZB-Direktoriums ist derzeit – beschämenderweise – keine einzige Frau. Die GUE/NGL fordert, dass die EZB ihre erschreckende Bilanz hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter verbessert.

→ **Änderung des Mandats:** Die GUE/NGL fordert, dass das EZB-Mandat überarbeitet und ausgeweitet wird, damit sie der Wirtschaft helfen und die Beschäftigung fördern kann. Doch die Frage ist und bleibt: Wollen wir eine EZB im Dienst der Wirtschaft und der Gesellschaft oder im Dienst der Finanzspekulation?

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Europäisches Parlament
rue Wiertz 43, B-1047 Brüssel
T +32-(0)228-42683
F +32-(0)228-41774

Erstellt vom Referat Veröffentlichungen der GUE/NGL:
GUENGL-Communications@europarl.europa.eu
Fotos: Charles Hutchins, Stan Jourdan, Europäisches Parlament
Gestaltung: Dominique Boon
Druck: Dossche Printing
© GUE/NGL – Brüssel 2014
Gedruckt auf Recyclingpapier

Kampf für eine Europäische Zentralbank im Dienste der Gesellschaft



GUE/NGL
www.guengl.eu

VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



GUE/NGL
www.guengl.eu

VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die EZB muss sich für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen

Trotz ihrer Rolle in der Krise der Eurozone arbeitet die Europäische Zentralbank (EZB) weiterhin ohne wirksame Kontrolle. Auch konzentriert sie sich weiterhin darauf, Preisstabilität sicherzustellen, obwohl längst erwiesen ist, dass die Inflationskontrolle nicht wirksam ist. Die Hauptziele der EZB sollten ein ausgewogenes, nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Dies sollten auch die Eckpfeiler der Währungspolitik sein. Die günstigen Kredite, die die EZB an Banken vergibt, müssen an die Realwirtschaft weitergegeben werden.



Treibende Kraft der Sparpolitik

Die EZB bildet mit der Kommission und dem Internationalen Währungsfonds IWF die sogenannte Troika. Die EZB hat bekanntlich stets Sparmaßnahmen als Lösung für die Länder des Euro-Währungsgebiets vorangetrieben. Und das, obwohl mittlerweile allgemein anerkannt ist, dass gerade die Kürzungen zur Rezession beigetragen haben. Die Maßnahmen haben außerdem zu steigender Arbeitslosigkeit, signifikanten Lohnkürzungen, Anhebungen des Rentenalters und sinkenden öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit geführt. Mit solchen Maßnahmen kann keine ausgewogene Wohlstandsverteilung erreicht werden.

Die Regierungen sind nicht in der Lage, die Schulden zu bewältigen – was direkt auf das massive Versagen der Finanzmärkte zurückzuführen ist, da Kürzungen das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Das wirkt sich wiederum direkt auf die Steuereinnahmen und Sozialausgaben aus. Die EZB ist nicht bereit, Volkswirtschaften mit Defiziten bei der Umschuldung zu unterstützen und sichert stattdessen enorme Gewinne auf Kosten der öffentlichen Haushalte dieser Länder. Die grundlegende Rolle der EZB sollte es sein, den Mitgliedstaaten, die in Schwierigkeiten sind, zu helfen. Doch die EZB versagt lieber den nationalen Regierungen ihre Unterstützung und unterstützt die Banken, welche bekanntlich für die Wirtschaftskrise verantwortlich sind.

Die EZB sollte ursprünglich ein freies, unpolitisches Organ zur Steuerung des Euro sein. Sie ist jedoch zu einem eigenständigen politischen Akteur geworden, für den es keinen demokratischen Rahmen gibt.

GUE/NGL fordert

- Die Möglichkeit einer außerordentlichen Unterstützung des Finanzsystems durch die EZB. Insbesondere sollte festgelegt werden, dass subventionierte Institutionen verpflichtet werden, mittlere Unternehmen und Haushalte zu stärken.
- Die EZB sollte ihre **Einlagefazilität (Möglichkeit für Geschäftsbanken im Euroraum, kurzfristig nicht benötigtes Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB) anzulegen), auf negative Werte verringern**, um die Kreditvergabe seitens der Banken an die Realwirtschaft zu fördern.
- Der **EZB-Rat muss sein Inflationsziel anheben**, damit Lohnsteigerungen im Euro-Währungsgebiet ermöglicht werden können und so einerseits die Gesamtnachfrage im Euro-Währungsraum angekurbelt wird und andererseits das Ungleichgewicht zwischen den Euroländern verringert werden kann.
- **Bewertung der Auswirkung der Sparprogramme:** Die EZB muss Verantwortung übernehmen und für ihre Rolle in der Eurokrise geradestehen. Die massiven Auswirkungen der Kürzungspolitik auf nationale Haushalte, Arbeitsmärkte, den öffentlichen Dienst, Steuern und Privatisierungen müssen offen und kritisch dargelegt werden.
- **Mehr demokratische Kontrolle:** Die fehlende Rechenschaftspflicht und demokratische Kontrolle der EZB muss hervorgehoben werden und wirtschafts- und währungspolitische Entscheidungen müssen entsprechend auf europäischer Ebene überwacht werden. Insbesondere im Hinblick auf die Bankenaufsicht. Wie kann die EZB ohne demokratische Kontrolle durch gewählte Vertreter im Parlament als legitimiert betrachtet werden? Momentan verfügt sie über beispiellose gesetzliche Befugnisse, die weit über ihr Aufgabengebiet hinausgehen.